

BEUEL

Stadt Bonn widersetzt sich der Ministerin



Foto: Holger Willcke

Die vorerst letzte Demo zur Rettung der 27 Bäume in der Beueler Rheinaue fand am vergangenen Mittwoch vor dem Rathaus statt.

**Trotz anderweitiger Anordnung aus dem NRW-Umweltministerium,
will OB Katja Dörner 27 Bäume in der Rheinaue fällen lassen**

VON HOLGER WILLCKE

BEUEL. || Zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen, der Bezirksregierung Köln und der Stadt Bonn ist am Wochenende ein politischer

Machtkampf entbrannt. Der Streit dreht sich um die Frage, ob an diesem Montag 27 Bäume für die umstrittene Verbreiterung des Rheinauenradwegs in Beuel gefällt werden dürfen.

Bonns Oberbürgermeisterin Katja Dörner (Bündnis 90/Die Grünen) hat am Sonntag NRW-Umweltministerin Ursula Heinen-Esser (CDU) schriftlich mitgeteilt, dass die Stadt Bonn sich nicht an die Anordnung des Landes halten und die Bäume fällen lassen werde.

Am Freitagnachmittag hatte die Ministerin die Fällung gestoppt

Am späten Freitagnachmittag hatte das NRW-Umweltministerium Kölns Regierungspräsidentin Gisela Walsken (SPD) angewiesen, dafür Sorge zu tragen, dass die Bäume so lange nicht gefällt werden dürfen, bis die naturschutzrechtliche Prüfung des Radwegeprojekts abgeschlossen und dem Land das Ergebnis als Bericht vorgelegt worden ist (der GA berichtete).

In ihrer Stellungnahme an die Ministerin hat Oberbürgermeisterin Dörner die umfangreichen Verfahrensschritte und mehrfachen Prüfungen dargestellt. In dem am Wochenende verschickten Schreiben verweist die OB darauf, dass der Ausbau des Rheinradweges eine der Maßnahmen im Luftreinhalteplan der Bezirksregierung für Bonn ist. Die zuständigen Behörden seien gesetzlich verpflichtet, die im Luftreinhalteplan festgelegten Maßnahmen durchzusetzen, so die OB. Der Ausbau des Radweges sei auch Bestandteil des gerichtlichen Vergleichs zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen, der Bundesstadt Bonn und der Deutschen Umwelthilfe vom Januar 2020. „Insofern sehe ich mich gleich mehrfach gesetzlich und juristisch gebunden, den Ausbau des rechtsrheinischen Radweges weiter zu verfolgen“, so Dörner.

Nach Informationen des GA lag der Stadt Bonn bis Sonntag, 18 Uhr, keine entsprechende Anordnung der Bezirksregierung vor. Angeblich soll Walsken die Stadt Bonn nicht angewiesen, sondern nur gebeten haben, die Bäume vorerst nicht zu fällen. Wie zu erfahren war, sollen am Sonntag die Telefone zwischen Düsseldorf, Köln und Bonn nicht still gestanden haben. Angeblich soll die Ministerin die Bezirksregierung ein zweites Mal per Erlass angewiesen haben, sicherzustellen, dass die Bäume nicht gefällt werden dürfen. Nach Auskunft von Bonns Pressesprecherin Barbara Löcherbach wird allerdings dennoch am Montag ab 7.30 Uhr eine Fachfirma mit der Fällung beginnen.

Die Nachricht von der Zurückweisung der Landesanweisung sickerte bereits am frühen Sonntagabend in Bonn durch. Die Bürgerinitiative in Beuel, die sich seit Monaten für die Rettung der Bäume einsetzt, zeigte sich vom Verhalten der Stadt Bonn tief enttäuscht und will sich – wie angekündigt – am Montagmorgen an die Bäume anketten. „Wir haben bei der Bonner Polizei eine Demonstration und das Anketten angemeldet“, erklärte Anja Nostadt dem GA. Die Sprecherin der Bürgerinitiative „Schäl Sick macht mobil“ ist fest davon überzeugt, dass die Mitglieder ihre Entschlossenheit in der Sache am Montag unter Beweis stellen werden.

Die Entscheidung von NRW-Umweltministerin Ursula Heinen-Esser, die Baumfällung in der Beueler Rheinaue zu stoppen und die von der Stadt Bonn beschlossene Verbreiterung des dortigen Radwegs auf seine naturschutzrechtliche Zulässigkeit zu prüfen, fiel am Freitag sozusagen auf den allerletzten Drücker. Die Stadt Bonn hatte am selben Tag erstmals mitgeteilt, dass die Fachfirma an diesem Montag mit der Fällung der 27 Parkbäume beginnen wird.

„Dass sich das Land jetzt noch eingeschaltet hat, ist richtig und wichtig. Ich habe bis zum letzten Moment darauf gehofft, dass wir das

Blatt noch einmal wenden können. Ich hoffe, dass das Land sich durchsetzen wird“, hatte Nostadt noch am Sonntagmittag im Gespräch mit dem GA gesagt. Die Sprecherin der Bürgerinitiative „Schäl Sick macht mobil“ hatte den Erlass der Ministerin schon da nur als Etappensieg gehandelt.

„Bis zum 14. Februar darf kein Baum der Axt zum Opfer fallen“, hatte am Wochenende der Beueler CDU-Landtagsabgeordnete Guido Déus erklärt. Aufgrund des Einsatzes von Déus und von bislang drei beim Land NRW vorliegenden Petitionen und einer Eingabe von Bürgern hatte das Landesumweltministerium eigentlich einen Bericht von der Kölner Regierungspräsidentin zur Rechtmäßigkeit der von der Unteren Naturschutzbehörde der Stadt Bonn erteilten Befreiung zur Baumfällung angefordert – bis Dienstag, 8. Februar. Die Prüfung durch das Land hatte ergeben, dass wesentliche Prüfschritte von der Bezirksregierung Köln zur Beurteilung der von der Stadt erteilten Befreiung nicht durchgeführt worden sind. Das sollte nun nachgeholt werden; ob es dazu noch kommt, ist nun offen.

„Im Vorfeld wurden auf kommunaler Ebene in Bezirksvertretung und Stadtrat alle Anträge der CDU, die eine tiefergehende, erneute Prüfung der Routenplanung zu Gunsten der Bäume zum Inhalt hatten, abgeschmettert oder beiseite geschoben. Anstatt transparent und offen zu agieren, haben Oberbürgermeisterin, Verwaltung und grünlinke Koalition lieber Fronten geschaffen“, erklärt Déus. Mit der „Ausrede“, es handele sich eben um „Zielkonflikte“, seien vorhandene Möglichkeiten, die Bäume zu retten, nicht genutzt und Bürgerinitiativen gegeneinander ausgespielt worden. „Sowohl die Oberbürgermeisterin als auch die Beueler Bezirksbürgermeisterin hatten das Gespräch mit der Bürgerinitiative zum Erhalt der Bäume bis zuletzt abgelehnt“, betont Déus.

Oberbürgermeisterin Katja Dörner (Bündnis 90/Die Grünen) hatte stattdessen in einem Brief an die Bürgerinitiative umfassend die Notwendigkeit für die Verbreiterung des Radwegs erläutert. Außerdem informierte die Stadt Bonn mittels eines Videofilms in den sozialen Medien über das Bauvorhaben.

BAUMWACHE

Bürgerinitiative trifft sich am Montag

Weil die Bürgerinitiative „**Schäl Sick macht mobil**“ aktuell nicht einschätzen kann, ob sich das Land NRW oder die Stadt Bonn beim Thema Baumfällung durchsetzen wird, treffen sich Mitglieder der Initiative an diesem Montag, 7. Februar, ab 7 Uhr zur Baumwache in der Rheinaue. Für den Fall, dass die Fachfirma mit der Fällung der Bäume beginnen will, hat die Initiative angekündigt, sich an die Stämme anketten zu wollen. hol



Mehr davon?

Lesen Sie jetzt die digitale Zeitung 14 Tage gratis.

Jetzt testen

[AGB](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Datenerhebung](#)

[Datenschutzeinstellungen](#)

© General Anzeiger

ALLE RECHTE VORBEHALTEN

Sie befinden sich hier::

[Startseite](#) › [Service bieten.](#) › [Aktuelles. Zahlen. Fakten.](#) › [Newsroom.](#) › [Pressemitteilungen.](#) ›
[Ausbau des rechtsrheinischen Rheinradwegs beginnt](#)

Ausbau des rechtsrheinischen Rheinradwegs beginnt

06.02.2022

Der schmale und nicht mehr den aktuellen Richtlinien entsprechende Radweg in der rechtsrheinischen Rheinaue wird verbreitert. Knapp drei Jahre nach dem entsprechenden Ratsbeschluss beginnen jetzt die Arbeiten. Der Radweg ist eine wichtige Radroute im Beueler Gebiet und der Region und wird über das Jahr hinweg täglich im Schnitt von 2.000 Radfahrenden genutzt. Er ist zudem eine verpflichtende Maßnahme im Luftreinhalteplan der Bezirksregierung Köln für die Stadt Bonn.

Förderprojekt "Emissionsfreie Innenstadt"

Auf einer Länge von 1,8 Kilometern wird der vor rund 40 Jahren gebaute Radweg in der Rheinaue zwischen dem „Blauen Affen“ und der Südbrücke verbreitert. Die Verkehrsführung bleibt erhalten. Mit einer Breite zwischen 1,80 bis 2 Meter ist der Radweg zu schmal und entspricht nicht den aktuellen Richtlinien, nach denen er mindestens zweieinhalb Meter breit sein müsste. Dort, wo der bestehende Radweg separat verläuft, soll er auf 3 Meter verbreitert werden. Dort, wo Fußgänger und Radfahrer gemeinsam geführt werden, wird der Weg nur geringfügig verbreitert werden.

Das Vorhaben ist Bestandteil des Förderprojekts „Emissionsfreie Innenstadt“ des Landes Nordrhein-Westfalen. Für den Ausbau der Radwege erhält Bonn eine Förderung von 90 Prozent. Die Kosten für die Baumaßnahme werden ca. 700.000 Euro betragen.

Für die 27 Bäume, die im Zuge der Verbreiterung gefällt werden müssen, sind umfangreiche Ersatzpflanzungen vorgesehen.

Sicherer Radweg für täglich rund 2.000 Radfahrende

Die Radrouten in der Bonner Rheinaue sind für die regionalen und überregionalen Radverkehre besonders wichtig. Nach der Verbreiterung sollen sie die sicherste und komfortabelste Radverkehrsführung auf der Nord-Süd-Achse rechts des Rheins sein. Bereits heute nutzen über das Jahr gesehen montags bis freitags im Schnitt 2.000 Radfahrende pro Tag diesen rechtsrheinischen Radweg, der Maximalwert liegt sogar bei 7.700 Radfahrenden.

Oberbürgermeisterin Katja Dörner: „Die Klimakrise zwingt uns zum Handeln. Die Hitzesommer der vergangenen Jahre und zuletzt die Hochwasserkatastrophe im Ahrtal haben uns deutlich vor Augen geführt, dass wir umsteigen müssen. Ein wichtiger Aspekt ist dabei der Ausbau des Radverkehrs. Er muss attraktiv und sicher sein, für Berufspendler ebenso wie ältere Radfahrende und für Familien mit Kindern. Dafür brauchen wir ausreichend breite Wege.“

Der Ausbau der Wege in der Rheinaue ist auch im Luftreinhalteplan für die Stadt Bonn und im Vergleich mit der Deutschen Umwelthilfe ausdrücklich enthalten. Dörner: „Selbstverständlich wollen wir uns an diese Festlegungen halten.“

Alternativen wurden geprüft und verworfen

Alternative Wegführungen sind keine Option, so Stadtbaurat Helmut Wiesner: "Die Idee, den Radverkehr außerhalb der Rheinaue, über die Elsa-Brändström-Straße zu führen, ist hochproblematisch. Die Radroute müsste entweder über bestehende Straßen mit Auto- und Bus-Verkehr sowie verschiedenen Kreuzungen geführt werden, oder es müssten Radverkehrsanlagen eingerichtet werden. Da die Elsa-Brändström-Straße eine Allee ist, wären für Radwege oder Schutzstreifen massiv Straßenbäume zu fällen. Unterm Strich mehr als bei der Verbreiterung des Radweges in der Rheinaue."

In der Rheinaue selbst sind keine Alternativen erkennbar, so Wiesner. Die viel zu schmalen Wege müssen verbreitert werden. Eine Slalom-Führung um Bäume herum ist für die Radfahrenden nicht sicher und wäre auch nicht mit dem Denkmalschutz vereinbar.

Sorgfältige Güterabwägung

Bei der Planung der Verbreiterung des Radweges mussten verschiedenen Güter miteinander abgewogen werden. Dazu zählen der Denkmalschutz, der Naturschutz, die Belange der Parkbesucher*innen und der Radfahrenden. Am Ende wird es nun eine behutsame Verbreiterung des Radweges geben.

Mit Rücksicht auf die Parkgestaltung der Rheinaue und auf den Naturschutz wurde die Planung mehrfach modifiziert. Für die 27 Bäume, die gefällt werden müssen, wird unter Berücksichtigung des Artenschutzes vor Ort und zusätzlich im Bezirk Beuel Ersatz gepflanzt. Die Flächenversiegelung wird nach den rechtlichen Vorschriften ausgeglichen.

Oberbürgermeisterin Katja Dörner: "Am Beispiel der Radwege in der Rheinaue wird sehr deutlich, dass es beim Umbau der Städte für mehr Nachhaltigkeit auch Zielkonflikte geben kann, die sich manchmal nicht vollständig auflösen lassen. Es muss abgewogen werden zwischen dem Nutzen einer Maßnahme und den Eingriffen. Das ist bei den Planungen zum Wege-Ausbau in der Rheinaue aus meiner Sicht erfolgt. Wichtig ist, dass die Gesamtbilanz stimmt."

Oberbürgermeisterin informiert Ministerin

Am Wochenende war bekannt geworden, dass das Landesumweltministerium die Bezirksregierung Köln gebeten hat, bei der Stadt Bonn auf einen Aufschub des Maßnahmebeginns hinzuwirken. Hintergrund ist ein Petitionsantrag beim Landtag NRW. In ihrer Stellungnahme an Ministerin Heinen-Esser hat Oberbürgermeisterin Dörner die umfangreichen Verfahrensschritte und mehrfachen Prüfungen dargestellt. In dem am Wochenende verschickten Schreiben verweist die Oberbürgermeisterin darauf, dass der Ausbau des Rheinradweges eine der Maßnahmen im Luftreinhalteplan der Bezirksregierung für Bonn ist. Die zuständigen Behörden sind gesetzlich verpflichtet, die im Luftreinhalteplan festgelegten Maßnahmen durchzusetzen. Der Ausbau des Radweges ist auch Bestandteil des gerichtlich Vergleichs zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen, der Bundesstadt Bonn und der Deutschen Umwelthilfe vom Januar 2020. „Insofern sehe ich mich gleich mehrfach gesetzlich und juristisch gebunden, den Ausbau des rechtsrheinischen Radweges weiter zu verfolgen“, so Dörner.

 *Hintergrundinformation zum Ausbau der Radwege in der rechtsrheinischen Rheinaue*

(PDF-Datei / 107,65 kB)

(/medien-global/amt-13/pm-anlagen/Hintergrundinformationen-Ausbau-der-Radwege-rechtsrheinische-Rheinaue.pdf)

Erläuterungen und Hinweise
